

# Die Geopolitik von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik Interview mit Ilias Alami

Mit dem Politikwissenschaftler und Geographen Ilias Alami von der Universität Maastricht sprachen *Frauke Banse* und *Anil Shah* über seine aktuelle Forschung zum Verhältnis von Geopolitik, entwicklungspolitischen Finanzströmen und aufkommenden Formen von „Staatskapitalismus“ sowie über die damit zusammenhängenden neuen imperialistischen Formierungen. Das Interview wurde im Mai 2021 per E-Mail geführt. Daher enthält der Text auch Quellenverweise.

*Du gehörst zu denjenigen, die behaupten, dass sich das Verhältnis von Finanzmärkten und Entwicklungspolitik in den letzten Jahren grundlegend verändert hat. Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Merkmale dieses Wandels?*

Ein grundlegender Wandel, den wir beobachten, ist der Aufstieg dessen, was Daniela Gabor treffend als „Wall-Street-Konsens“ bezeichnet hat (s. das Stichwort von Daniela Gabor in diesem Heft, S. 318ff; Anm. d. Red.). Dieses aufkommende Paradigma fördert die Mobilisierung von privatem Finanzkapital als (entwicklungs-)politische Priorität, insbesondere für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele und für die Errichtung großer Infrastrukturen in Entwicklungsländern. Die Staaten des Südens werden ermutigt, ihre heimischen Finanzsysteme zu vertiefen und diese im Sinne internationaler Finanzmärkte (z.B. Derivatemärkten) zu reorganisieren, indem sie neue Investitionsmöglichkeiten in Bereichen wie Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Wasser, Klimaanpassung, Gesundheit und Bildung ermöglichen. Zudem werden politische Maßnahmen ergriffen, die die Investitionsrisiken für globale Investoren verringern, unter anderem durch die Nutzung von öffentlichen Finanzmitteln. Die Hoffnung ist, dass durch die Bereitstellung attraktiver Investitionsmöglichkeiten für globale institutionelle Investoren die riesigen Mengen an Liquidität, die sie kontrollieren, in den globalen Süden „eskortiert“ werden. Dadurch soll der Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer gedeckt und gleichzeitig sollen ansehnliche

finanzielle Renditen für Investoren in einer Art Win-win-Szenario erzielt werden. In dieser schönen neuen Welt „jenseits von Entwicklungshilfe“ (Mawdsley 2018) fördert der Wall-Street-Konsens die staatlich unterstützte private Finanzierung im Namen der Entwicklung.

Meiner Ansicht nach bedarf es einer politischen Lesart des Wall-Street-Konsenses, die ihn in der langen und turbulenten Geschichte der Beziehung zwischen Finanzwesen und Entwicklung verortet. Aus dieser Perspektive weisen aktuelle Trends eine bemerkenswerte Kontinuität auf. Gabor verortet den Wall-Street-Konsens als Erbe des (Post-)Washington-Konsenses. In ihrer Arbeit darüber, wie sich der Wall-Street-Konsens in den Diskursen und Politikvorgaben der Weltbank im Bereich der klimaresilienten städtischen Infrastruktur manifestiert, argumentieren Patrick Bigger und Sophie Webber beispielsweise, dass er auf eine Art „grüne Strukturanpassung“ hinausläuft, die mit den Strukturanpassungsprogrammen seit den 1980er Jahren vergleichbar sind (Bigger & Webber 2021: 47).

Mit anderen Worten: Ja, der Aufstieg des Wall-Street-Konsenses ist in der Tat eine grundlegende Veränderung, aber es ist eine, die innerhalb breiterer historischer Entwicklungen verstanden werden muss. Spätestens seit im Zuge der westlichen Moderne die Welt in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Staaten unterteilt wurde, geht es beim Thema Finanzen und Entwicklung darum, Staaten in der Dritten Welt umzustrukturieren und neu zu ordnen, um die Herrschaft des Marktes zu verallgemeinern und die sozialen Beziehungen und Institutionen, die für kapitalistische Reproduktion zentral sind, global durchzusetzen. Die Methoden, Diskurse, Technologien und Praktiken, die eingesetzt wurden, um dieses übergeordnete, langfristige Ziel zu erreichen, bergen seit jeher eine starke (neo-)koloniale Konnotation. Der Wall-Street-Konsens könnte also durchaus die nächste Form dieses gescheiterten, krisengebeutelten und oft gewalttätigen Projekts sein. Während das private Finanzkapital und die Figur des globalen Investors als Helden der Entwicklung gefeiert werden, riskiert der Wall-Street-Konsens das zu vertiefen, was Annina Kaltenbrunner, Ingrid Kvangraven, Kai Koddenbrock, Jeff Powell, Carolina Alves, Bruno Bonizzi und ich (i.E.) als „internationale finanzielle Unterordnung“ (*international financial subordination*) der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft bezeichnet haben. Dieser Trend geht mit vielen Krisen und dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt einher.

Der Wall-Street-Konsens ist jedoch nicht nur in diese tiefgreifenden historischen und strukturellen Prozesse eingebettet, er ist auch das Produkt der gegenwärtigen kapitalistischen Transformation. Ich habe bereits erwähnt, dass er explizit als Mittel zur Einbindung globaler institutioneller